

Kopenhagen und der Niedergang der grünen Utopie

Von Benny Peiser — Das Scheitern des Weltklimagipfels in Kopenhagen ist ein historischer Einschnitt, der das Ende der Klimahysterie einläutet. Er markiert nicht nur das Versagen europäischer Umweltpolitik, sondern auch den Verlust der westlichen Vormachtstellung auf diplomatischem Parkett.



Tektonisches Beben: Nicolas Sarkozy, Angela Merkel, Lars Løkke Rasmussen und José Manuel Barroso (v. l. n. r.) in Kopenhagen.

Das Scheitern des Klimagipfels war nicht nur vorhersehbar – es war unvermeidlich. Aus der Sackgasse der bisherigen Klimapolitik, in die sich die internationale Gemeinschaft hineinbugsiert hatte, führte kein Weg heraus. Das sich in Kopenhagen manifestierende globale Patt spiegelt die gegensätzlichen, letztlich unvereinbaren Interessen des Westens und des Rests der Welt wider. Die Folge dürfte ein unbefristetes Moratorium der internationalen Klimagesetzgebung sein. Die Chancen auf ein verbindliches Folgeabkommen zum Kioto-Protokoll sind damit so gut wie null.

Das ganze Ausmass des Debakels und der geopolitischen Machtverschiebungen wird daran erkennbar, dass die Vereinbarung von Kopenhagen ohne Beteiligung der EU zustande kam. Der Ausschluss Europas symbolisiert die wachsende Machtlosigkeit einer grünen EU-Bürokratie, die nicht einmal gefragt wur-

de, ob sie der unverbindlichen Erklärung Chinas, Indiens und der USA zustimmen wolle. Zwar fand der Uno-Gipfel in einer europäischen Hauptstadt statt. Doch die Verhandlungen und das Endergebnis der Konferenz lagen völlig ausserhalb europäischen Einflusses.

Gewinner im Klimapoker

Die sichtlich schockierten EU-Staats- und Regierungschefs mussten feststellen, dass sie von China, Indien und den USA überrumpelt und ausmanövriert worden waren. US-Präsident Obama und die Regierungschefs Indiens und Chinas hatten längst Kopenhagen verlassen, als sich die EU-Vertreter dazu gezwungen sahen, einem von fremder Hand ausgehandelten Übereinkommen zuzustimmen. Eine Ablehnung der asiatisch-amerikanischen Erklärung war zwar denkbar, hätte die EU allerdings

in die Sektierer-Ecke von Hugo Chávez und Robert Mugabe gedrängt.

Der gescheiterte Klimagipfel hat ein tektonisches Beben der internationalen Beziehungen ausgelöst und eine neue politische Landschaft hinterlassen: Nach Kopenhagen sieht das grüne Europa sehr alt und der Rest der Welt ganz anders aus. Denn die Prinzipien, auf denen die europäische Klimapolitik basiert und die dem Kioto-Protokoll unterliegen, sind mit der Kopenhagener Vereinbarung so gut wie ausser Kraft gesetzt.

Waschechte Realpolitiker, die es in der Klimafrage freilich kaum gibt, hatten seit langem davor gewarnt, dass die Konferenz von Kopenhagen ausserstande sein würde, die völlig entgegengesetzten Interessen des Westens und der Schwellenstaaten zu überwinden. Dass alle zentralen Entscheidungen auf unbestimmte Zeit verschoben wurden, sollte des-

halb niemanden überraschen. Es besteht kein Zweifel daran, dass China und Indien die grossen Gewinner des Klimapokers sind. Die beiden aufsteigenden Supermächte haben es verstanden, neue Bündnispartner zu gewinnen. Die Strategie Chinas und Indiens, sich mit anderen Schwellenländern zu einer strategischen Allianz gegen das grün-protektionistische Europa zusammenzuschliessen, entpuppte sich als erfolgreich. Schliesslich zwang das hartnäckige Nein sogar die Obama-Administration, sich dem antigrünen Zweckbündnis anzuschliessen.

Der asiatisch-amerikanische Schulterschluss bedeutet ein kategorisches Nein zu rechtlich verbindlichen Emissionszielen. Damit ist ein konkreter Zeitplan für die Begrenzung globaler CO₂-Emissionen, ganz zu schweigen von einer Reduzierung des CO₂-Ausstosses, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Zu einer industriellen Entkarbonisierung wird es deshalb nicht so schnell kommen.

Das Nein ist unverhandelbar

Die akute Gefahr, dass ein rechtlich verbindlicher Klimavertrag zu extrem teuren und zerstörerischen Schranken für das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern führen könnte, wurde damit entschärft. «Business as usual» heisst die neue Klimapolitik, die die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte prägen wird.

In den Hauptstädten Europas gibt es freilich erheblichen Widerstand, die strategische Niederlage einzugestehen und die neue Realität zu akzeptieren. Wie nach jeder gescheiterten Klimakonferenz der letzten Jahre lautet die Parole auch jetzt: Beim nächsten Weltklimatreffen werden wir es schaffen! Was Kopenhagen versäumt hat zu beschliessen, wird der Gipfel in Mexiko nächstes Jahr durchsetzen.

Das ist völlig illusorisch. Die kategorische Ablehnung der Entwicklungsländer, sich zu verbindlichen Emissionsgrenzen zu verpflichten, ist keine taktische Verhandlungsmasche. Ihr Nein ist absolut und unverhandelbar. Schliesslich haben diese Länder gar keine Wahl, als auch weiterhin auf die vergleichsweise billigen fossilen Brennstoffe zu setzen.

Die europäische Realitätsverweigerung ist auch deshalb albern, weil in Kopenhagen eben gar nichts entschieden wurde. Selbst die in der Vereinbarung versprochenen Klimamilliarden sind unverbindlich. Im sogenannten «Copenhagen Accord» wird zwar in Aussicht gestellt, dass der Westen den Entwicklungsländern Finanzhilfen von erst 10, später 100 Milliarden Dollar pro Jahr überweisen wird. Allerdings sind diese Zahlen reine Fantasie, da sie an die Unterschriften Chinas und Indiens unter einen Klimavertrag gebunden sind, den es auf absehbare Zeit nicht geben wird.

Denn die Entwicklungsländer sind nicht dumm. Sie haben den Westen in einer von grü-

nen Politikern selbst gebastelten Klimafalle erwischt und gefesselt. Um dem westlichen Druck zu begegnen, fordern die armen Länder 200 bis 400 Milliarden Dollar für sogenannte Klima-Entschädigung und Adaptionsmassnahmen – nebst westlichem Technologietransfer in Milliardenhöhe. Es ist kaum nachzuvollziehen, wie der Westen, selbst schwer gebeutelt durch eine Wirtschaftskrise, jemals bereit wäre, solch ein astronomisches Vermögen an die Konkurrenz zu überweisen. Selbst in besseren Zeiten wäre das eine Schnapsidee.

Doch auch der Westen war überzeugt, beim Klimapoker eine kluge Strategie zu verfolgen. So haben die EU-Vertreter zwar im Prinzip einen Finanztransfer von 30 Milliarden Dollar an die armen Länder in den nächsten drei Jahren in Aussicht gestellt. EU-Kommissions-Präsident Barroso hat allerdings klargemacht: Die Klimamilliarden hängen von der Zustimmung zu verbindlichen Emissionsgrenzen ab. Damit wird den Entwicklungsländern der Schwarze Peter zugeschoben.

In der europäischen Klimapolitik wird das Kopenhagen-Fiasko wohl zu einem Umdenken führen. Vor allem die östlichen EU-Mitgliedstaaten – aber vermutlich auch italienische und deutsche Politiker – werden eine drastische Revision unilateraler Klimaziele fordern, die wirtschaftlich als auch politisch immer riskanter zu werden drohen. Schon jetzt belasten sie die Volkswirtschaften, die meisten Industrien sowie private Haushalte mit immer höheren Energie- und Folgekosten schwer. Auch Japan hat bereits damit gedroht, dass es seine einseitigen Emissionsziele nach unten revidieren werde, sollte es in Kopenhagen nicht zu einem verbindlichen Klimavertrag kommen.

In den nächsten Jahren werden Bemühungen um einen verbindlichen Klimavertrag aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso scheitern. Der Druck, sich von den grünen Utopien zu verabschieden, wird deshalb wachsen. Die Entwicklungsländer können sich eine Beschränkung ihrer Energie- und Industriepolitik schlicht nicht leisten: Die Begrenzung ihres Wachstums würde ihre soziale und politische Stabilität untergraben.

Selbst in der westlichen Welt scheint die allgemeine Klimahysterie vor einer merklichen Abkühlung zu stehen. Glaubt man den Meinungsumfragen der letzten Jahre, so ist die Klimabesessenheit der achtziger und neunziger Jahre Schnee von gestern. Die Neuartigkeit des Themas Klimawandel hat viel von seiner ursprünglichen Potenz eingebüsst. Die Öffentlichkeit gewöhnt sich an die Realität einer graduellen Klimaveränderung.

Die Klimapolitik steckt somit in einer ebenso tiefen wie systematischen Krise. Klimasteuern haben in kaum einem Land mehr eine Chance. Doch die grössten Verlierer von Kopenhagen scheinen die Klimaforschung und die

wissenschaftlichen Eliten zu sein, die, mit wenigen Ausnahmen, seit Jahr und Tag eine umfassende Klimahysterie gefördert haben. Es besteht kein Zweifel mehr daran, dass die meisten Regierungen das Vertrauen in die Prognosen und Forderungen der Klima-Alarmisten verloren haben. Mehr denn je markiert der «Copenhagen Accord» den Einflussverlust des Uno-Klimarats IPCC sowie nationaler Klimaberater.

Glaubwürdigkeitsverlust der Forschung

Die Forschung steht überdies vor einer schweren Glaubwürdigkeitskrise. Sie sieht sich mit wachsender Kritik konfrontiert, nicht zuletzt wegen des «Climategate»-Skandals, der jüngsten Enthüllungen über das tolle Treiben führender Klimawissenschaftler hinter den Kulissen. Zudem scheint der Anstieg der globalen Temperaturen, wie er vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu beobachten war, seit etwa zehn Jahren ins Stocken geraten. Der Stillstand der Erderwärmung hat die Glaubwürdigkeitskrise eher verschärft und zu einem kontinuierlich wachsenden Skeptizismus in weiten Teilen der Bevölkerung geführt. Sowohl der Temperaturstillstand als auch die Weltwirtschaftskrise haben die einstige Begeisterung für eine kostspielige Klimapolitik, grüne Steuern und Subventionen erheblich gedämpft.

Vor allem aber zeigt das Debakel von Kopenhagen, dass die konventionelle Klimapolitik keine Zukunft mehr hat. Wessen es jetzt bedarf, ist die Entwicklung alternativer Konzepte, die politisch realistisch und wirtschaftlich machbar sind. Damit ein neuer Klimarealismus in Europa erfolgreich sein kann, sollten Regierungen und Regierungsbehörden endlich damit beginnen, die Kritiker der konventionellen Klimapolitik einzubeziehen und zu integrieren. Anstatt sich weiterhin von dem Diktat der Klimahysteriker leiten zu lassen, müssen sie in Zukunft auf ausgewogenere und transparentere Formen der Klimaforschung setzen.

Es ist durchaus wahrscheinlich, dass es in absehbarer Zeit wieder wärmer wird. Freilich weiss niemand genau, ob und wann dies geschieht – und ob sich der erneute Wärmetrend als markant oder eher als unerheblich erweist. Vermutlich werden wir selbst in zwanzig oder dreissig Jahren nicht genau wissen, ob die Hysteriker oder die Skeptiker recht behalten haben. Solange allerdings die globalen Temperaturen mehr oder weniger stagnieren und solange das Patt zwischen dem Westen und dem Rest der Welt zementiert bleibt, so lange wird die internationale Klimapolitik auf Eis gelegt bleiben.

Benny Peiser ist Direktor der Global Warming Policy Foundation und Herausgeber des Wissenschaftsnetzwerks CCNet.